

## Berlin macht Bremen Konkurrenz

Auch Hauptstadt Kandidat für olympische Vorrunden

VON JÖRG NIEMEYER

**Bremen.** Berlin ist offensichtlich doch noch im Rennen um die Olympischen Sommerspiele 2024 – und das könnte negative Folgen für Bremen haben. Monatlang hatte Deutschland die Frage beschäftigt, ob Hamburg oder Berlin der Kandidat werden würde. Nach der Entscheidung für Hamburg taucht nun überraschend eine neue Frage auf: Machen beide Städte gemeinsame Sache? Der Sprecher des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) bestätigte dem WESER-KURIER, dass Vorrundenspiele in Berlin denkbar seien. „Damit wäre Bremen aber natürlich nicht aus dem Rennen“, sagte Christian Klauke.

Ralph Lehnert, der Geschäftsführer des Hamburger Sportbunds (HSB), schien über diese Idee des DOSB verwundert zu sein. „Wenn man unser Konzept ernst nimmt, passt Berlin da nicht hinein“, sagte er, „denn die kurzen Wege sind ja gerade Kernelement unseres Konzepts.“

Der Präsident des Landesportbunds Bremen präsentierte sich am Montag überrascht – und gelassen. „Hamburg oder Berlin: So war das immer kommuniziert worden“, sagte Andreas Vroom, „aber wenn Hamburg und Berlin den Olympischen Spielen in Deutschland guttun, sollte man geschäftsbereit bleiben.“ Voraussetzung wäre allerdings, dass „ein Anteil für uns Bremer übrigbleibt“. Derzeit ist angedacht, dass an der Weser Vorrundenspiele im Fußball und im Basketball stattfinden könnten. „Das ist Bestandteil unseres Konzeptes“, sagte Lehnert. Und er machte deutlich, dass die Bremer in den Planungen weiterhin eine Rolle spielen: „Da muss man auf ein hanseatisches Wort vertrauen.“ Zumindest die Hamburger planen also mit Bremen.

Die DOSB-Mitgliederversammlung hatte am vergangenen Sonnabend in der Frankfurter Paulskirche mit 410:0 Stimmen formal bestätigt, dass Deutschland mit Hamburg in die internationale Bewerbung um die Olympischen Spiele im Jahr 2024 gehen möchte. Die Entscheidung gegen Berlin hatte in Bremen große Freude ausgelöst. Konkrete Olympia-Pläne gibt es derzeit von keiner Seite, dafür ist es noch viel zu früh. Aber die Chance, dass Berlin Teil des Hamburger Konzepts wird, ist seit dem Wochenende gewachsen. „Wenn es nach mir geht, sollte Berlin in irgendeiner Form mit einbezogen werden“, sagte DOSB-Präsident Alfons Hörmann am Sonntagabend im NDR-Fernsehen, „weil das Signal von

Sonnabend eine entsprechende Anerkennung verdient hat.“ Dieses Signal war das Angebot des Berliner Regierenden Bürgermeisters Michael Müller, trotz der Niederlage im Bewerberduell Hamburg unterstützen zu wollen.

Der Pressesprecher des Landessportbunds Berlin (LSBB), Dietmar Bothe, kündigte an, dass es in den nächsten Tagen Gespräche zwischen dem LSBB-Präsidenten Klaus Böger und Berlins Sportsenator Frank Henkel geben werde. Darin solle geklärt werden, wie die grundsätzliche Positionierung der Hauptstadt bei sportlichen Großveranstaltungen sei. „Wir sortieren uns gerade neu“, sagte Bothe. LSBB-Vizepräsident Robert Bartko hatte jüngst vorgeordnet, dass Berlin allein seit 1994 25 Weltmeisterschaften, 14 Europameisterschaften und 28 Weltcups ausgetragen hat. „Dafür hat die Stadt Millionen ausgegeben – auch vor dem Hintergrund einer möglichen Olympiabewerbung“, sagte Bothe. „Wir waren sehr offensiv im Anwerben von Veranstaltungen – und großzügig mit öffentlichem Geld.“

Gut möglich, dass dieses Engagement also doch noch gewürdigt werden soll. Mit einiger Überraschung hatte sich Anfang vergangener Woche auch die Mehrheit der Sportfachverbände für Hamburg und damit gegen Berlin ausgesprochen. Während sich in Hamburg in einer repräsentativen Befragung 64 und in Berlin nur 55 Prozent der Bewohner für Olympia in ihrer Heimatstadt ausgesprochen hatten, galten vor allem die großen Sportverbände als Befürworter der Hauptstadt. Deren Bürgermeister hatte in der

Paulskirche eingeräumt, dass die Entscheidung für Hamburg „immer noch ein bisschen weht tut“.

Möglicherweise möchte Alfons Hörmann den Schmerz der Berliner lindern. DOSB-Sprecher Klauke ließ jedenfalls erkennen, dass es vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) Signale gebe, Vorrundenspiele in Berlin austragen zu dürfen. Ob man Berlin tatsächlich mit ins Boot holen werde und wie das dann aussähe, sei aber noch gar nicht angediskutiert worden, sagte Klauke. Erste Gespräche sollen am Dienstag in Hamburg stattfinden. „Da gibt es dann drängendere Fragen als die nach Berlin und Hamburg“, sagte HSB-Geschäftsführer Lehnert. Wichtig sei erst einmal, wie die Hamburger Bewerbergesellschaft gegründet werden könne und welche Stadt die olympischen Segelwettbewerbe austragen werde. **Kommentar Seite 2**



DOSB-Präsident Alfons Hörmann möchte Berlin ins Boot holen. FOTO: GETTY



Im Viertel – hier eine Straßenszene – rumort es. Die Clubszene sieht sich bedroht. FOTO: KUHAUPT

**Bremen (wtc).** Das Viertel verändert sich auf eine Weise, die Club- und Kneipenbetreibern große Sorgen macht. Immer öfter bekommen sie es mit Beschwerden von Anwohnern zu tun, die neu ins Quar-

## Im Viertel rumort es

tier gekommen sind. Denen ist es dort zu laut und zu dreckig. Darüber reden wollen die neuen Nachbarn nicht. Sie kommen gleich mit einem Anwalt, bestätigt das Stadtamt. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7**

ANZEIGE

primaVERA  
28./29.03.2015 10:00-18:00 h

10% SOFORTRABATT\*  
Auf alle Extrabestellungen der Firma Weishaupt an diesen Tag!

QR code

case di mobili  
möbelservice für alle länder

frederich w. schweie gmbh - straßenort 2 - 27726 worpswede - tel. +49-(0)4732-944-5

## Messe wächst deutlich

**Bremen (aki).** Die Messe Bremen und die ÖVB-Arena haben im Jahr 2014 mit 116 Veranstaltungen 962.000 Besucher in die sieben Messehallen an der Bürgerweide gelockt. Das sind sechs Veranstaltungen und 80.000 Besucher mehr als noch vor drei Jahren. 52 Konzerte, Shows und Sportveranstaltungen mit 150 Vorstellungen, dazu 64 Messen und Kongresse spülten einen Umsatz von 15 Millionen Euro in die Kassen (1,7 Millionen Euro mehr als 2012). Geschäftsführer Hans Peter Schneider sprach von „planvollem Wachstum“ – zur Freude von Wirtschaftsminister Martin Günthner, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft WFB Wirtschaftsförderung Bremen ist: Die Besucher der Konzerte, Shows und Kongresse gaben in Bremen 75 Millionen Euro aus. **Bericht Seite 9**

## Terrorwarnung war plausibel

**Bremen (mic).** Es hat plausible Informationen für eine akute Terroranschlagsgefahr in Bremen am Wochenende vom 27. Februar bis 1. März gegeben. Mit diesem Ergebnis endete am Montag die Akteneinsicht der Parlamentarischen Kontrollkommission, die aus den Vorsitzenden der vier Bürgerschaftsfraktionen besteht. Die Politiker hatten überprüft, ob es Ende Februar tatsächlich einen Anlass für eine Terrorwarnung gegeben hat. Hinterher waren sie sich – egal ob aus Regierungskoalition oder Opposition – einig: Man habe davon ausgehen müssen, dass ein Terrorangriff unmittelbar bevorstand. Eine andere Frage ist, ob es beim Polizeieinsatz und den staatsanwaltlichen Ermittlungen Pannen gab. Hierfür wird es am 8. April eine weitere Akteneinsicht geben. **Bericht Seite 7**

## Bund geht gegen Klinik-Keime vor

**Berlin-Bremen (fel).** Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) will mit einem Zehn-Punkte-Plan gegen die wachsende Gefährdung von Patienten durch multiresistente Keime vorgehen. Das Papier muss allerdings noch mit den Ressorts abgestimmt werden. Demnach ist vorgesehen, die Meldepflichten beim Auftreten besonders gefährlicher Keime zu verschärfen. Zudem sollen Kliniken verpflichtet werden, regelmäßig Informationen über die Hygienestandards im Haus zu veröffentlichen. Bis zu 15.000 Menschen sterben jährlich in Kliniken, weil sie sich dort mit einem Keim infizieren, gegen den keine Medizin hilft. Die Bremer Gesundheitsbehörde werde sich Gröhes Vorhaben genau anschauen, sagte Sprecher Jens Schmidt: „Wir werden prüfen, was davon relevant ist.“ Nach dem Vorfall 2011 am Klinikum Bremen-Mitte, bei dem drei Säuglinge auf der Frühgeborenen-Intensivstation an einem multiresistenten Darmkeim gestorben waren, habe die Behörde bereits einige Maßnahmen ergriffen. Unter anderem seien die Hygienekontrollen verbessert worden. Zudem gebe es bereits bestimmte Meldepflichten bei Keimen, so Schmidt.

## Tsipras und Merkel geben sich versöhnlich

**Berlin.** Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras sind in wesentlichen Fragen der Schuldenkrise nicht vorangekommen – trotz aller Bemühungen um versöhnliche Töne. Bei seinem Antrittsbesuch in Berlin versprach Tsipras am Montag, Vereinbarungen einzuhalten. Er forderte aber andere Prioritäten. „Wir brauchen einen neuen politischen Mix.“ Merkel drängte den Euro-Partner angesichts des drohenden Staatsbankrotts, Reformen auch umzusetzen. „Wir möchten, dass Griechenland wirtschaftlich stark ist, dass Griechenland Wachstum hat.“ Vor allem müsse die hohe Arbeitslosigkeit überwunden werden.

Nach wochenlangem Schlagabtausch zwischen Berlin und Athen warnte Tsipras vor weiteren gegenseitigen Schuldzuweisungen. „Weder sind die Griechen Faulenzer, noch sind die Deutschen Schuld an den

Übeln und den Missständen in Griechenland. Wir müssen hart daran arbeiten, diese schrecklichen Stereotypen zu überwinden.“ Der linke Regierungschef äußerte sich weder zu seiner angekündigten Reformliste noch zu aktuellen Liquiditätsproblemen. Dem hoch verschuldeten Land könnte ohne rasche Hilfen der Geldgeber schon in zwei Wochen der Staatsbankrott drohen. Die Euro-Partner und der IWF haben ausstehende Kredite von 7,2 Milliarden Euro auf Eis gelegt, da Athen bisher nicht alle Reformauflagen erfüllt hat.

Merkel betonte, dass die Zeit genutzt werden müsse, um das bis Ende Juni verlängerte Hilfsprogramm umzusetzen. Über weitere Finanzhilfen für Athen entscheide allein die Euro-Gruppe nach Bewertung der Reformvorhaben durch die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank sowie den Internationalen Währungsfonds.

Nach den Worten Merkels ist beiden Seiten an vertrauensvoller Zusammenarbeit gelegen. Schwierige Fragen müssten auch angesprochen werden. „Beide Länder wollen gut zusammenleben.“ Tsipras bot Deutschland eine neue Form der Zusammenarbeit an: „Wir müssen uns besser verstehen.“ Tsipras versprach auch „umfangreiche Strukturreformen“. Griechenland sei es in den vergangenen fünf Jahren nicht gelungen, seine eigenen Probleme zu lösen. „Es gibt auch interne Ursachen für die enorme Krise in Griechenland.“

Zu den Plänen der griechischen Regierung gehört auch eine Reform des im europäischen Vergleich besonders teuren Rentensystems. Dabei soll es um eine Herabsetzung des Rentenalters und eine Verlängerung der für das Erreichen der vollen Rente notwendigen Beitragszeiten gehen. Dieses Vorhaben gilt als heikel, weil es zu

den Wahlversprechen des Linksbündnisses zählte, die Renten nicht anzutasten. Im Gespräch ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Zudem wollen die Behörden alle Griechen mit Schwarzgeld-Konten im Ausland aufrufen, sich zu melden.

Im Streit um Entschädigungen für die Nazi-Zeit betonte Tsipras, dabei gehe es in erster Linie nicht um materielle Dinge, sondern um ein „ethisches, moralisches Thema“. Das habe nichts mit der aktuellen Schuldenkrise zu tun. Merkel wiederholte ihre Position, dass die Frage der Reparationen aus Sicht der Bundesregierung politisch und rechtlich abgeschlossen sei. Deutschland stelle sich aber seiner Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten: „Deutschland nimmt diese Aufgabe, dieses Bewusstsein wachzuhalten und auch nicht beiseite zu stellen, sehr, sehr ernst.“ **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 4**

### INHALT

Bildung & Wissen	28
Familienanzeigen	24, 27
Fernsehen	26
Lesermeinung	12
Rätsel & Roman	25
Veranstaltungsanzeigen	27
Verbraucher	18

H 7166 • 28189 BREMEN



### THEMA

#### Serie „Offene Wahl“

**Berlin.** Im Diplomatenviertel im Berliner Tiergarten steht auch Bremens Botschaft. Die Landesvertretung des Zwei-Städte-Staats ist das Scharnier zwischen dem Senat in Bremen und der Bundespolitik. Hier werden Initiativen im Bundesrat gestartet und mit anderen Bundesländern abgestimmt – und manchmal wird auch mit dem Bund gestritten. Das aus Bremer Sicht wohl bekannteste Beispiel: Die Posse um den sogenannten Kanzlerbrief mit Finanzzusagen von Gerhard Schröder, um dessen Bedeutung jahrelang gerungen wurde. Wie es um das Verhältnis zwischen Bund und Bremen inzwischen steht, zeigt die neue Folge unserer Serie „Offene Wahl“. **Seite 3**

### WIRTSCHAFT

#### Elder Kaffee, gute Geschäfte

**Bremen.** Der Trend geht zu mehr Qualität: Bremer Kaffeeröstereien haben dem Einheitsgeschmack den Kampf angesagt. Nach Angaben der kleinen Betriebe legt eine immer größere Kundenzahl Wert auf hochwertige Produkte und eine besondere Zubereitung. Dafür sind diese bereit, einen höheren Preis für ihren Kaffee zu bezahlen. Doch auch die großen Konzerne haben diese Entwicklung längst im Blick. **Seite 15**

### BREMEN

#### Europas beste Verkehrspolitik

**Bremen.** Die Europäische Kommission hat Bremen mit dem SUMP-Award für nachhaltige Mobilität ausgezeichnet. Am Montagabend überreichte EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc in Brüssel die Auszeichnung an Verkehrsminister Joachim Lohse (Grüne). Gewürdigt wird damit der Verkehrsentwicklungsplan, der im September mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU in der Stadtbürgerschaft beschlossen worden war. An dem Konzept, das nun verwirklicht werden soll, hatten auch mehrere Interessensvertretungen mitgewirkt: der Fahrradverband ADFC, der Automobilclub ADAC, die Handelskammer und die Naturschutzorganisation BUND. **Seite 8**

### WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
11°	5°	60%

**Nordsee-Tief bringt Regen**  
Durch zwei Tiefs über Frankreich und der Nordsee bilden sich über Mitteleuropa ganz vereinzelt Schauer oder Gewitter.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell